

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.  
 frei ins Haus, vorauszahlung. Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1,50 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Litauen  
 5.— Mk. für das übrige Ausland  
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.  
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,  
 Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz. Eingetragen in die  
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Belegblätter sind in 10 Klassen eingeteilt  
 80 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das  
 ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zählend  
 2 seitgedruckte Worte), jedes weitere  
 Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und  
 Stellenangelegenheiten das erste Wort  
 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg.  
 Worte über 15 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Teuerungszufschlag 20%.  
 Kamillen-Anzeigen 50 Pfg.,  
 politische u. gewerkschaftliche Vereins-  
 anzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzstr. Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 11. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzstr. 4, Nr. 151 90—151 97.

# Eine Kriegsrede Clemenceaus.

Paris, 8. März. Kammer. In Beantwortung von Interpellationen über Verantwortlichkeiten und Blößenstellungen aus Anlaß der Verhandlungen über den Solo-Prozess sagte Clemenceau, dem die Interpellanten vorgeworfen hatten, daß er eine gewisse Presselampagne forsetzen lasse, er habe vom ersten Tage an versprochen, die Zensur zu unterbrechen, was die Kammer angenommen habe. Clemenceau fuhr fort: Ich bin Chef einer republikanischen Regierung und werde jeden republikanischen Grundsatze verteidigen. Der erste Grundsatze ist der der Freiheit, der zweite der des Krieges und der, daß man dem Kriege alles opfern müsse, um den Triumph Frankreichs sicherzustellen. (Weisfall.) Ich begreife, daß man hier die Fälle von Verrat verhandeln will, weil diese Fälle auch zum Kriege gehören. Lassen Sie uns den Krieg führen, indem wir die Freiheit und die Republik schützen. Alle Gedanken müssen in jedem Augenblick auf den Krieg zusammengesetzt werden. Helfen Sie mir, da wir ja dasselbe Ziel haben. Ich habe keinen anderen Wunsch, als mein Land aus der Lüge herauszubringen, in der es sich befindet. In dem Maße, als der Krieg fortschreitet, setzen Sie, daß sich eine moralische Krise entwickelt, wie sie sich am Ende jedes Krieges zeigt. Ein großes Volk des Orientes, das in Jahrhunderten des Krieges erprobt ist, hat den Satz gefunden, daß derjenige Sieger ist, der

eine Viertelstunde länger als der Gegner an seinen Sieg zu glauben vermag. Das ist auch mein Grundsatze. Ich bin mit dem Gedanken in die Regierung eingetreten, daß man die Moral des Landes schützen müsse. Meine ganze Politik geht nach einem Ziel hin: Aufrechterhaltung der Moral des Landes, die Aufrechterhaltung der französischen Moral in einer Krise, wie sie unser Land bisher noch nie gekannt hat. Die Väter haben ihre Söhne dahingegeben, die unglücklichen Einwohner der besetzten Gebiete haben Qualen erlitten, wie die Geschichte ihrer Väter nicht kennt. Der Sieger Garza, der mich vorgestern besucht hat, erzählte mir, daß, wenn unsere Gefangenen in Deutschland nicht ihre Pakete aus Frankreich bekämen, sie Hungers sterben müßten. Es ist die Lage derer, die wir lieben. Das ist schlimmer als alles. Sie sprechen mir von Personenzuge. Die kenne ich nicht und werde ich nicht kennen. (Weisfall auf vielen Bänken.) Wir sind nicht an der Nacht, um einer Partei den Triumph zu sichern. Unser Ehrgeiz steht höher, er will die Moral des französischen Volkes bewahren. Die Moral unseres Soldaten flößt allen Verwunderung ein. Wenn man zuweilen vom Feinde spricht, so machen sie eine Bewegung, als ob sie sagen wollten, die feindlichen Anstrengungen werden sich vor unserer Front erschöpfen. (Lebhafter Weisfall.) Diese Stimmung muß aufrecht erhalten werden. Man sagt, es tue uns ein möglichst baldiger Friede not. Ich wünsche den Frieden, ich würde ein Verbrecher sein, wenn ich anders dächte, aber durch Wüten nach dem Frieden bringt man den preussischen Militarismus nicht zum Schweigen. (Lebhafter Weisfall auf vielen Bänken.) Mein Wahlversprechen ist: Selbst überfall in der inneren Politik führe ich Krieg. In der äußeren Politik führe ich Krieg. (Weisfall.) Ich suche mich aufrechtzuerhalten im Vertrauen mit unseren Verbündeten.

**Rußland hat uns verraten.**  
 Ich fuhr fort, Krieg zu führen und werde fortfahren bis zur letzten Viertelstunde, denn die letzte Viertelstunde wird uns gehören. Alle Welt denkt es und wünscht es. Darin sind wir einig. Zu den Sozialisten gewandt, fügte Clemenceau hinzu: Ich verstehe, daß einige unter Ihnen vor dem Kriege als Heberidealisten auf eine bevorstehende allgemeine Abrüstung hoffen konnten und dachten, daß man sich jenseits des Rheins ihnen anschließen würde. Ich gehörte nicht zu den Übrigen, aber ich verstehe, daß Sie hofften, daß die heroische Uneigennützigkeit Ihres Idealismus anstehend wirken würde. Das ist nicht geschehen. Es würde ein Fehler sein, heute den Versuch zu erneuern, der durch die Tatsache so grausam blutiggestellt worden ist. Die Erfahrung mit einem solchen Frieden hat Rußland gemacht. Es sind Ihre Freunde, die sie versucht haben. Kerenski wollte in dem Augenblick den Krieg. Er verschwand und Lenin und Tschickelamen und sagte zu ihren Feinden: Wir wollen einen demokratischen Frieden schließen. Nun, Sie wissen, was aus diesem Frieden geworden ist. Wenn Sie noch von Kriegsziele sprechen, so fragen Sie doch die Deutschen, welche die Ihren sind. Sie brauchen sie nicht anzugeben. Die Tatsachen sprechen eine genügend deutliche Sprache. Es ist Polen, Litauen und Ukraine unter dem Stiefel des Siegers. Und während wir von Rußland einen Schrei der Vaterlandsbegeisterung und ein Aufspringen zum Widerstand gegen den Eindringling erwarten, antwortet Schweigen. Die Frage ist nun gestellt. Es ist es durch mich. Ja, ich mache den Prozeß. Ich habe es am ersten Tage gesagt, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen würde und sie wird es. Wir werden bis ans Ende gehen in der Erfüllung der Aufgabe, die nicht weniger schwierig ist wie die unserer Soldaten. Nichts wird uns aufhalten, nichts uns beugen.

Die Kammer nahm darauf, wie gemeldet, mit 400 gegen 75 Stimmen die Vertrauensabstimmung Bedoga an, die besagt:

### Englische Erkundungsvorstöße in Flandern — Französischer Angriff bei Blamont — Der 200. Luftsteg der Jagdstaffel Voelcke. — Einmarsch in Sereth.

Kmtlich, Großes Hauptquartier, 10. März 1918. (W. L. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Deeregruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Die englischen Erkundungsvorstöße dauerten an; stärkere Abteilungen brachen südlich von Monchy vor. Bei ihrer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach auflebender Feuerkampf.

**Deeregruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Südlich von Reims drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte Geschäftstätigkeit beiderseits von Ornes.

**Deeregruppe Herzog Albrecht.**  
 Nordwestlich und westlich von Blamont am Abend regte Feuerstätigkeit der Franzosen. Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung griffen starke feindliche Abteilungen am Nachmittage zwischen Ancerville und Bahonville an und brangen teilweise in unsere vorbereiteten Gräben ein. Vor unseren Gegenstößen zog sich der Feind in seine Ausgangstellungen zurück. Westfälische Sturmtruppen, ostfälische Landwehr und Flammenwerfer nahmen bei einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich von Marfisch 1 Offizier und 36 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche Flugzeuge und 1 Hesselballon abgeschossen. Jagdstaffel Voelcke brachte ihren 200. Gegner zum Absturz.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubendorf.

#### Abendbericht.

Kmtlich, Berlin, 10. März 1918, abends.  
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

#### Der österreichische Bericht.

Wien, 10. März. Kmtlich wird verlautbart:  
 Keine besonderen Ereignisse.  
 Der Chef des Generalstabes.

#### Einmarsch der Oesterreicher in Sereth.

Wien, 9. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Den Bestimmungen des Vorfriedensschlusses mit Rumänien zufolge räumen die Rumänen seit dem 7. März die von ihnen bisher noch besetzt gehaltenen Teile der Bukowina. Von den ihnen nachrückenden eigenen Detachements zog am Nachmittage des 7. März ein österreichisch-ungarisches Bataillon in Anwesenheit eines Divisionskommandanten in die Stadt Sereth ein.

Die Kammer vertraut der Regierung, billigt ihre Erklärungen und geht zur Tagesordnung über.

Die Stimmung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie stand in der letzten Zeit vornehmlich unter dem Eindruck des russischen Friedensvertrages. Die Außerachtlassung der von uns geforderten Grundsatze beim Friedensschluß hatte berechtigten Unmut ausgelöst und Stimmen wie die der Genossen Wendel und Kampffmeyer haben in dem Frieden von Brest-Litowsk eine Tatsache, die eine grundsätzliche Aenderung unserer politischen Gesamthaltung nach sich ziehen müsse.

Die Rede Clemenceaus gemahnt uns daran, daß wir unsere Politik nicht rein östlich orientieren können. Sie gemahnt uns, daß im Westen noch immer ein Feind steht, dessen Kriegswillen nicht nur ungebrochen, sondern der noch in der letzten Zeit gesteigert ist. Ein Feind, der den Sieg über Deutschland als einziges Ziel vor Augen hat und an diesen Sieg wie an ein Dogma glaubt. Wögen wir uns Deutschlands militärische Lage vorstellen wie wir wollen — die Tatsache, daß die westliche Entente ihr Spiel noch lange nicht verloren gibt und ihrerseits von ihrem schließlichen Sieg überzeugt ist, zeigt, daß die Frage „Angriffs- oder Verteidigungskrieg?“ auch heute sehr verwickelt liegt.

### Zum Teilproporz für den Reichstag.

Von Adolf Thiele-Halle.

Die Verhältniswahlen bezwecken, Sicherung dafür zu schaffen, daß in den zu wählenden Körperschaften die beteiligten Parteien im gleichen Stärkeverhältnis vertreten sind, wie in der Wählererschaft selbst. Nur dann können die gewählten Körperschaften sein, was sie sein sollen, ein zwar verkleinertes, aber unverzerrtes Spiegelbild der Meinungen, wie sie in der Wählererschaft zu finden sind. Und nur dann besteht die Gewähr, daß die gefaßten Beschlüsse dem Willen der Wählermehrheit entsprechen. Letzteres aber ist der vernünftige Sinn und das naturgemäße Ziel aller Wahlen.

Das für die Reichstagswahlen geltende Wahlkreis-Mehrheitssystem wird diesem Ziele ungleich weniger gerecht als der Proporz (Abkürzung für Proportionalwahl — Verhältniswahl). Und je älter das Wahlgesez wird, desto grotesker gestaltet sich die Verzerrung infolge der verschiedenen starken Bevölkerungszunahme und der ungleichen Bevölkerungsschiebungen. 1871 zählten fast sämtliche 397 Reichstagswahlkreise zwischen nahezu 100 000 bis höchstens 150 000 Einwohner. Nur fünf kleinräumliche Wahlkreise blieben erheblich hinter dem Durchschnitt zurück. Auf die vier großen Parteien, die es damals nur gab, verteilten sich die Mandate ziemlich ihrer Stimmenzahl entsprechend. 1912 dagegen standen den Wahlkreisen Teltow mit 1318 000, Berlin VI mit 860 000, Bochum mit 765 000, Gamburg III mit 723 000 Einwohnern die kleinsten Wahlkreise Koburg mit 75 000, Neuch. a. D. mit 73 000, Waldeck mit 62 000, Schaumburg mit 47 000 Einwohnern gegenüber. Die Riesenkreise wählten ebenso nur einen Abgeordneten wie die Liliputkreise.

Doch dadurch die Gleichwertigkeit der Stimmen und damit die Gleichheit des Stimmrechts in empfindlichster Weise gestört wird, liegt auf der Hand. Und da bei dem Wahlkreis-Mehrheitssystem auch die bedeutendsten Minderheiten einfach unter den Tisch fallen, da ferner durch Zulassung der Stichwahlen ein weiterer das Stimmungsbild trübender Faktor dem Wahlausfall beigemischt wird, brachte 1912 das geltende Wahlsystem den beiden konservativen Parteien 7, dem Zentrum sogar 26 Mandate mehr, als sie nach ihrer Stimmenzahl beanspruchen konnten, während wir Sozialdemokraten statt 138 nur 110 Mandate erlangten. Auch Nationalliberale und Fortschrittler haben zu wenig, die kleinen Parteien zuviel Mandate erhalten.

Sier hätte die Reform einsehen und grundlegende Bestimmungen treffen müssen, die den Mißständen dauernd ein Ende machten. Den alten berechtigten Forderungen, daß den weiblichen Personen das Wahlrecht gewährt und das Wahlrechtsalter herabgesetzt wird, hätte endlich entsprochen werden sollen. Denn daß heute ein Zwanzigjähriger im Durchschnitt mindestens eine gleich hohe politische Einsicht besitzt wie vor fünfzig Jahren, als das Gesez eingeführt wurde, ein Fünf- undzwanzigjähriger, wird nicht mit Erfolg bestritten werden können. Und nachdem seit Jahren von allen amtlichen Jungen das Lob der deutschen Frauen in höchsten Tönen gesungen worden ist, muß es bitteres Mißtrauen wecken, wenn die erste sich bietende Gelegenheit, dem Worte die Tat folgen zu lassen, gänzlich unbenutzt bleibt.

Doch nicht nur ist eine Erweiterung des Kreises wahlberechtigter Personen unterblieben, sondern auch die Anwendung des Teilproporz ist durchaus willkürlich. 36 Wahlkreise sind aus den 397 herausgegriffen und für sie die Verhältniswahl vorgegeben worden. Ebenso willkürlich ist, daß diese 36 Wahlkreise in Zukunft 80 Abgeordnete wählen sollen. Warum nicht 60 oder 100? Von grundsätzlicher Reform keine Spur. Der Proporz dient der Regierung nur als Strohhehl, wie Dr. Friedberg ihn im Landtage sogar als Mißableiter für polnische Gewitter in Aussicht gestellt hat. Weder das eine noch das andere soll der Proporz sein. Sein oben skizzierter Zweck muß als Wahlprinzip anerkannt werden und gilt demnach für alle Kreise im gleichen Maße. Jetzt sollen nur die Kreise mit mehr als 300 000 Einwohnern die Verhältniswahl bekommen. Nur Bremen und Mannheim sind mit dazugezogen worden, obwohl sie die 300 000 noch nicht voll erreicht haben. Binnen wenigen Jahren werden andere Städte in die gleiche Stufe gerückt sein. Ihnen bleibt jedoch der Proporz vorenthalten. Das ist Wuchererei übelster Art, eine Reform, die schon in der Geburtsstunde wieder reformbedürftig ist. Die Regierung hat das selbst eingesehen. Sie entschuldigt sich in der Begründung damit, die Einführung des Proporz für das ganze Reich würde „einen Sprung ins Dunkle“ bedeuten haben. Erst müsse „abgewartet“ werden, ob durch die Verhältniswahl die politischen „Organi-

sationen zu härteren Zusammenschluß und größerer Festigkeit gelangen oder die Aussicht, daß auch kleine Gruppen infolge der Verhältniswahl zur Geltung kommen können, zu einer Zerspaltung der Parteien führen wird. — Das geht, mit Verlaub, die Regierung gar nichts an. Sie hat sich nicht den Kopf der Wähler oder den der Fraktionen zu zerbrechen. Sie hat ein anständiges, den Verhältnissen entsprechendes Wahlsystem vorzuschlagen und damit basta. Von einem Sprung ins Dunkle kann allerdings nicht die Rede sein. Und da das Wahlsystem-Mehrheitsystem überlebt und überholt ist, hätte sie zu den allgemeinen Verhältniswahlen greifen sollen. Das hätte geschehen können, ohne daß, wie die Regierungsvorlage es tut, auf die Gaaripalereien, ob die Mandatsverteilung an die Parteien nach dem System Hase, dem von Hogenbach-Bischoff, dem von Gondt oder einem anderen erfolgen solle, hätte eingegangen werden müssen.

Es gibt beim Proporz keine Kompliziertheiten, wenn sie nicht absichtlich beigemischt werden. Und schon jetzt ließe sich dem Wahlsystem ein Zuschnitt geben, der auf alle Zeit hinaus genügt. Nicht die Mandatsvermehrung ist die Hauptsache, sondern eine gerechte Mandatsverteilung. Nebenbei: Wo der Raum für die 44 Stipendien für den Mandatszuwachs im Reichstagslokal hergenommen werden soll, ist ein noch ungelöstes Geheimnis.

Glaubt die Regierung nicht von der Einteilung in Wahlkreise absehen zu können, so kann trotz dieser Erschwerung der Proporz leicht und befriedigend für das ganze Reich eingeführt werden, etwa auf folgender Grundlage:

Jeder gibt wie bisher einen Stimmzettel ab, der auf eine bestimmte Person lautet. In Wahlkreisen, in denen ein Kandidat für die Partei des Wählers nicht aufgestellt ist, genügt ein Zettel mit Bezeichnung der Partei, für die der Wähler seine Stimme abgeben will.

Nach der Wahl wird das Abstimmungsergebnis aus jedem Wahlkreise an die Reichszentrale gesandt. Hier wird ermittelt, wieviel Stimmen insgesamt und wieviel für jeden einzelnen Kandidaten bzw. für jede Partei abgegeben worden sind. Waren 14 Millionen Einzelstimmen in die Urne gelegt und beträgt die Gesamtzahl der Mandate 400, so entfallen auf je 35 000 Stimmen ein Mandat. Wer diese Stimmzahl erreicht oder überschritten hat, gilt ohne weiteres als gewählt. Die anderen Mandate werden jeder Partei nach der Summe der auf sie entfallenden Stimmen zugeteilt, und zwar von der größten Stimmenzahl fortwährend bis zu den kleineren, bis jede Partei die ihr zukommende Mandatszahl erlangt hat. Um die kleineren Kreise nicht von den großen erdrücken zu lassen, kann die Mandatsverteilung auch nach dem Prozentsatz an Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen, nicht nach der absoluten Stimmenmenge erfolgen. Daß jede Partei vor der Wahl eine Liste ihrer kandidierenden Anhänger der Zentrale einzureichen hat, ist selbstverständlich.

Ein auf diesen einfachen und festen Linien aufgebautes Verhältniswahlsystem hat alle Vorteile für sich und zeitigt keinen Nachteil, der nicht auch bei dem gegenwärtigen System oder bei anderen Proporzarten in die Erscheinung tritt. Jedenfalls ist es geeignet, für eine gerechte Mandatsverteilung die größte Sicherheit zu bieten. Eine oberflächliche Berechnung hat ergeben, daß sogar in den gewählten Personen gegenüber den gegenwärtigen Mandatsinhabern in der Hauptsache nur die Veränderungen eintreten würden, die durch eine gerechte Mandatsverteilung bedingt sind.

Es gilt demnach nicht einen Sprung ins Dunkle zu unternehmen, sondern lediglich einer dringenden Forderung der veränderten Verhältnisse gerecht zu werden und die Verhältniswahl zu allen gegebenden Körperschaften im Reiche wie in den Einzelstaaten einzuführen.

## Einstellung der Feindseligkeiten im Osten. Eine Anfrage Archentos.

Berlin, 10. März. Smilich. Am 5. März hat der Oberbefehlshaber Archentos einen Funkpruch an den Oberbefehlshaber Ost gerichtet, in dem er auf die Bedingung des Friedensvertrages hinweist, nach der die Feindseligkeiten der Front einzustellen wären, in dem er ferner anfragt, ob alle Anordnungen getroffen sind, daß die Feindseligkeiten eingestrichelt werden. Daraufhin erfolgte am 6. März vom Oberbefehlshaber Ost nach-

stehende Drahtantwort an die russische Oberste Heeresleitung. Die Einstellung der Feindseligkeiten war beiderseits für den 3. März, 1 Uhr nachmittags, besetzt. Wenn es trotzdem am 4. März zu vereinzelten Kämpfen gekommen ist, so wird dies deutscherseits bedauert. Nach den hier vorliegenden Meldungen war die Ursache einerseits der Widerstand, der in Estland und in der Ukraine dem rechtmäßigen Vormarsch der deutschen Truppen durch russische Truppen an einigen Stellen noch entgegengekehrt wurde. Andererseits haben leider auf großrussischem Gebiet einige Kämpfe mit wenigen unorganisierten Banden stattgefunden müssen, die sich feindlich gegen deutsche Truppen verhielten.

Es ist der lebhafteste Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß auch diese Kämpfe bald völlig aufhören und daß andererseits die dazu erforderlichen Anordnungen getroffen werden.

Demit erliegen sich die tendenziös in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten.

## Türkei-Kaukasusrepublik. Noch eine Friedensverhandlung.

Konstantinopel, 9. März. Die Delegierten der Türkei für die Friedensverhandlungen mit der provisorischen Regierung des Kaukasus, der Chef des Admiralstabes Reuf Bei und der Direktor des Bureaus der Rechtsbeiräte im Ministerium des Äußeren Nusret Bei sind gestern an Bord des Dampfers Adenis abgereist.

Konstantinopel, 9. März. Die Kammer hat das Budget endgültig mit allen Stimmen der anwesenden 170 Abgeordneten bei einer Stimmenthaltung angenommen.

## Der Petersburger Sowjet für den Frieden.

Lugans, 10. März. „Socals“ veröffentlicht ein Telegramm seines Petersburger Korrespondenten, wonach der Sowjet mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialrevolutionäre den Brest-Litowsker Frieden angenommen hat.

Eine Befätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Der Petersburger Sowjet vertritt nur die Stadt Petersburg, seine Abstimmung ist daher nicht entscheidend, aber doch nicht ohne symptomatische Bedeutung. Die endgültige Entscheidung soll belanntschaftlich vor einem allrussischen Kongress der Sowjets gefällt werden.

## Geringe Neigung für die rote Garde.

London, 9. März. (Reuter.) Die „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg vom 7., daß durch den Einfluß Lenins die Kampflust der Bolschewiki sich vermindert hat. Die Blätter von heute sehen die Unmöglichkeit, den Krieg fortzusetzen, ein. Daß die Kriegsbegeisterung im Abnehmen begriffen ist, kann man daraus ersehen, daß Moskau nur ungefähr 2700 Freiwillige für die rote Armee aufbrachte, anstatt 60 000, wie man ursprünglich erwartet hatte. Die Ergebnisse der Werbung in Petersburg wurden nicht befremdend, waren aber wahrscheinlich noch geringer. Die Nämung Petersburgs macht rasche Fortschritte. Die Bevölkerung ist noch immer fest überzeugt, daß die Deutschen in die Stadt einrücken werden.

Die Meldung bestätigt, daß die bolschewistischen Massen — im Gegensatz zu ihren Führern — nicht von revolutionärer Energie, sondern von apathischer Kriegsmüdigkeit geleiht werden.

Stacholm, 10. März. In einer langen Rede, die der Stellvertreter Archentos, Oberst Masanow, in dem Zentral-erziehungsrat der Arbeiter- und Soldatenbelegierten hielt und in der er Befehle und Bestimmungen des Sowjets einer starken Kritik unterzog, erklärte er, daß er die Reorganisation der Armee für ein Ding der Unmöglichkeit halte und eine Verantwortung für die Neubildung der roten Armee nicht übernehmen. Aus diesem Grunde ist er bereit, dem obersten Heerführer Archentos zu folgen und hat sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht.

## Zur Besetzung der Aalandsinseln.

Stockholm, 9. März. Die „Dagens Nyheter“ aus Wasa erfahren, hat die dänische finnische Regierung aus Anlaß der deutschen Aalands Expedition folgende Proklamation erlassen:

Die Landung der Deutschen auf Aaland geschieht ebenso wie ihre Operationen im Einklang mit der finnischen Regierung. Der Oberbefehlshaber der Truppen der Finnischen Republik hat der Regierung mitgeteilt, daß wir, seitdem wir Waffen erhalten haben, mit eigener Kraft den Kampf gegen die Russen und Roten

Gardisten hätten durchführen können, aber die diesen in Estland verübten Gewalttaten und die Lebensmittelnot der Bevölkerung, sowie die täglich aus Russland einströmenden Volkswehthäuser veranlassen die Regierung, sich zum Wohle des Landes eines handkräftigen Freundes zu bedienen. In Deutschlands Friedensbedingungen für Russland steht auch die Bestimmung, daß die russischen Truppen und Volkswelt aus Finnland entfernt werden müssen. Diese Nämung will Deutschland, gestützt auf seine nach Finnland entsandten Truppen, überwachen. Deutschland gestattet nicht, daß russische Soldaten als Zivilpersonen verkleidet in Finnland kämpfen und durch Unterstützung der roten Banditenhorden den deutsch-russischen Friedensvertrag betrügerisch umgehen.

Stockholm, 10. März. Nach offiziellen Mitteilungen aus Finnland versuchen die russischen Soldaten und Notgardisten die Bedingungen des deutsch-russischen Friedensvertrages durch massenweise ungelegliche Einbürgerung als finnische Staatsbürger zu umgehen.

## Robert Cecil über Japan und Ostfrieden.

London, 9. März. Nach einer Neutermeldung erklärte Lord Robert Cecil bei einer Unterredung:

Als unabhängiger souveräner Staat wird Japan jeden Schritt unternehmen, den es für richtig hält. Ich persönlich würde dies willkommen heißen, wenn Japan als Veauftragter der Alliierten handeln würde. Man hat keine richtige Vorstellung davon, wie furchtbar ernst die Durchführung Russlands durch Deutschland gemeint ist. Seine Politik ist nichts weniger, als der riesenhafte Plan einer Welt Eroberung. Es hat die baltischen Provinzen fast bis nach Petersburg hinauf genommen. Was Finnland anbetrifft, so hat es Truppen nach den Aalandsinseln geschickt und mit den Finnen eine Art Abkommen getroffen, daß die auswärtige Politik Finnlands zu seiner Verfügung steht. Das gibt ihm tatsächlich die gesamten russischen Küsten an der Ostsee und läßt Russland nur noch in Archangelsk und an der Murmanküste einen Zugang zum Meere. Deutschland hat Odesa besetzt oder ist wenigstens im Begriff, es zu besetzen, und gleichzeitig hat es auf der Rückseite der Hüfen im Osten und im Schwarzen Meere an die Türkei bestanden. Deutschlands Absicht hierbei ist, die Bagdad-Eisenbahn durch eine neue Linie nach Osten über den Kaukasus und durch Nordwestpersien zu ziehen, und hierbei hat es, bewußt oder unbewußt, den tätigen Bestand der örtlichen Bolschewiki geholt. Auch die Armenier, erklärte Lord Robert Cecil, an denen England und Amerika das tiefste Interesse hätten, seien durch den deutschen Vertrag den Türken wieder ausgeliefert worden.

Die Karte zeigt, welchen furchtbaren Eroberungsplan die Deutschen noch begehren. Ihr Plan, Frankreich zu vernichten, ist fehlerhaft, aber sie hatten stets noch den Plan von Eroberungen im Osten in Reserve. Alles Gerade von einer Bewegung in Deutschland in demokratischer Richtung ist ganz unglaubwürdig. Gegenwärtig ist die militärische Herrschaft über das deutsche Volk noch unerlässlich. Gibt es irgendeinen Grund, weshalb Deutschland nicht versuchen sollte, in Sibirien einzubringen, wie es das anderswo getan hat? Wir haben eine Meldung, daß die deutschen Gefangenen in Sibirien organisiert werden und daß ein preussischer General dorthin geschickt worden ist, um die Arbeit auszuführen. Selbst wenn diese Nachricht unrichtig ist, so ist sie doch nur eine verständige Vorwegnahme der Ereignisse. Wir würden im höchsten Grade lächerlich und verbrecherisch handeln, wenn wir nicht jeden möglichen Schritt versuchen, um diesen deutschen Plan zu vereiteln. Ich denke, wir würden gut beraten sein, wenn wir den Bestand unserer japanischen Verbände zu bei einer Sache suchten, in der er und er allein wirksame Dienste leisten kann.

## Ankunft des „Wolf“ in Lübeck.

Lübeck, 10. März. Der Hilfskreuzer „Wolf“ langte heute nachmittags 3 1/2 Uhr vor Travemünde an und erreichte in einhalbstündiger Fahrt den bekanntlich für große, tiefgehende Schiffe geeigneten Lübecker Hafen, um hier einen Teil seiner Ladung zu löschen.

Bei der Einfahrt in den Innenhafen wurde das Schiff dem Hafensmeister, vom dem Ortskommandanten und Seemannsleiter sowie von der Bevölkerung lebhaft begrüßt, was die Befahrung mit dreifachem Hurra auf die Stadt Lübeck erwiderte. Unter Gladengeläut legte das Schiff am Hafenkai an.

## Strindberg: „Nach Damaskus“. (Teil II und III.) (Leffing-Theater.)

Lech Streckungen und Zusammenziehungen dauerte es vier und eine halbe Stunde, bis der Zuschauer den Damaskuswandler im Kloster endgültig verabschieden sah, wo der nach seiner Ueberzeugung von einer ganz besonders ausserordentlichen Schicksalsdämone verfolgte arme Sünder Genesung für seine Seele finden soll. Ein langer und ermüdender Weg. Was in der seltsamen Bekanntheit Richtung neu und eigenartig berührt, erschöpft sich wesentlich in dem schon früher aufgeführten ersten Teil des Dramas. Da wandt die angriffende zwischen dumpfem Schuldbewußtsein und Revolten hin und her geworfene Stimmung, die tiefe Sehnsucht, dem quälenden Gebiet der Leidenschaft zu enttrinnen, und der geheimnisvolle Reiz vorübergehender fremdartiger Visionen. Aber auch hier schon verursacht das Festen einer inneren seelischen Entwicklung, welche die harte Folge der Szenen zu einem einheitlichen Ganzen gliedert, nach der anfänglich äußerst starken Spannung zum Schluß metrisches Ermatten. Der Einsatz, daß der Erlösungsucher den gleichen Weg, den er durchgemessen, dann wieder rückwärts wandern muß, erhält im Stück keine tiefere Bedeutung, läßt als vielerlei Willkür; und die Schlussszene, daß der Bühler dann doch am Ausgangspunkt seiner Fahrt auf dem Postamt den so lange erwarteten Geldbrief des Verlegers ausgehändigt erhält und diese angenehme Ueberaschung dankbar als Nützung Gottes ansieht, streift sogar hart ans Parabolische. Nichts deutet da, nachdem der Kreis des Weges sich geschlossen, auf eine weitere Wanderung hin, noch führt der neue Weg zu irgendwelchen neuen Helsen.

Das Strindbergsche Spezialthema, von wechselseitigem Haß der ehestlich Verbundenen, die doch nicht voneinander lassen können. Im ersten Teile nur gestreift, drängt sich hier wieder beherrschend in den Vordergrund, doch ohne fesselnde intime Nuancierung. Es figuriert hauptsächlich als Gegenstand breit ausgepommener Beobachtung. Auch Schrollen, für Strindbergs miträusch pathologische Erregbarkeit beziehend, laufen mit unter. Die Gefährtin des Unbekannten, die späterhin, nachdem der Tod ihres Kindes sie geklärt, als eine Art von himmlischer Erlöserin glorifiziert wird, muß die obligate Eheweibsdarstellerin so weit treiben, daß sie den schuldlosen Mann, um ihn nur recht zu demütigen, durch Lügen zu bringen, den Tod ihres geschiedenen Gatten anzugeben; als der Vorgänger dann erscheint und das fragliche Madamsstück erkennt, strahlt sie in infernalischem Triumph. Auch die Charaktere Strindbergscher Goldmadamensuche können da zu Worte-

Als er die Frau verläßt, räumt er sich im Größenbahn, ihm sei das Wunderwerk gelungen. Auf einem nächtlichen Bankeit — die Bühne hat da bei gedämpftem Licht in vagen Umrisen ein wundervolles Traumbild — wird er als großer Mann gefeiert, bis dann von allen Seiten her der höhnisch schadenfrohe Spott hervorbricht. Selbst das Gefängnis bleibt ihm nicht erspart.

In den Szenen des dritten Aktes winkt oben von dem Gipfel eines hohen Berges ein marmorweißer Bau, durch breiten Abgrund von profaner Welt geschieden. Das Kloster, wohin ein Geisteslicher — des Unbekannten anderes Ja, das ihm im ersten Teil als Weiser in den Weg trat — den Lebensmüden leitete. Demütig lauscht er dessen frommen Worten, nur zuweilen im Trost und seiner alten Zweifelstucht dagegen aufbegehrend. Noch einmal er scheint, was ihm das Liebste war auf Erden. Zuerst die Tochter, von deren reiner Kinderseele er ein herrliches Schloßen erhoffte. Nun ist's ein lediges selbstbewußtes Fräulein, das sehr von obenher zum Vater spricht, von ihrem Verehrer plappert und ohne Tränen in den Augen Abschied nimmt. Und auch sein junges Weib, die Schmerzverleerte, die mütterlich gütig dem Einsamen Trost bringt, entgeseit abermals, die Stoffung eines neuen Bundes unüberbrücklich fester Liebe zerklüftet in die Winde. Die unheimlichen Abneigungs- und Bahinstinke tauchen wieder auf. Allerlei Episoden schweben sich zwischen. So eine Gerichtsverhandlung, zu der ein Fremder, den der Zettel „den Verführer“ nennt, den Damaskuswandler einläßt. Sie variiert in unmaßlicher Breite den Gedanken, daß die Verführer in der Liebe bis zur Stammutter Eva rückwärts selbst stets Verführte waren. Noch unmotivierter nimmt sich die langgedehnte Szene aus, in der dem endlich in dem Kloster Angekommenen die Bildergalerie des Hauses erklärt wird. Im letzten Akte, unter den aufstrebenden Säulenpfeilern des gewaltigen Kirchenbaues, wird der Bühler in den Kreis des Ordens aufgenommen. Ein außerer und leerer Abschluß, dem auch die schönen Weibsgesänge, welche dazu klingen, keine Stimmung geben können.

Die Rollen des Unbekannten, der Schwoigermutter, des Weiser-Konfessors und der Frau lagen, wie bei der Aufführung des ersten Teils, in den bewährten Händen von Theodor Loos, Jilja Grünig, Gäh und Lina Loffen. Von dieser gingen die stärksten Wirkungen aus. Herr Loos hatte bei aller Feinheit seines Spiels den Helden auf einen Grad schwerwärtiger Gebrodenheit gestimmt, der, nach dem Text ja wohl berechtigt, das Gedächtnis der Szene noch mehr verstärken mußte. Abels hellstrahlendes Organ in der Figur des „Verführers“ mutete dagegen wie Erholung an. Die freundlich stille Seelenruhe des Weisers kam in Land's Organ und Spiel zu würdigen Ausdruck. Das Publikum dankte den Darstellern und dem Direktor, der eine un-

gewöhnliche Regieart und Energie für dieses neue Wagnis eingesetzt, am Schluß mit hartem Beifall.

## Einer von Hundert.

Ein Bekannter sagte mir, der volksbildnerische und künstlerische Wert der vom Goethebunde veranstalteten „Hundert frohen Abende“ müsse nach den Erfahrungen der ersten Veranstaltungen stark bezweifelt werden.

Am Sonnabend war Gelegenheit, diese Behauptung auf Herz und Nieren zu prüfen. Der große Schultzei-Saal an der Hafenheide war schon lange vor Beginn der Darbietungen voll, daß kein Apfel zur Erde konnte. Ein Bierlokal wirkt nie ästhetisch, und von der improvisierten „Bühne“ darf man das auch sagen.

Für einen poetisch veranlagten Menschen kann ja schon eine Kappeinterklingel eine Offenbarung bedeuten. Kommen hinterher eine richtige Opernsängerin und ein Geigenpieler und gar ein Wächnergänger, der ganz prächtig die Geschichte vom „Swinegel um ein Feuer“ gut plattdeutsch zu snoken versteht, so ist man eben zufrieden. Gewiß, der Männergesangsverein könnte auch besseres bringen als ein Kriegervereinsmäßig dahermarschierendes Baronesse, und wenn Theater gegeben werden soll, so braucht es nicht gerade ein „Schwan“ zu sein, den vor zwanzig Jahren jede Schmiere totgespielt hat.

Zuletzt ein heiterer Reigen: eine Humoristin guten Schlags, die harmlos-keck Chansons aus Rehle und Laften schrammt, a Cyp und a Kath („Goldviolet“), ein Handwurst mit einem unglaublich gelehrigen Hunde und schmelzenden Nachtigallenlauten...

Und der ganze Saal lacht und freut sich! Denn schon! Goethe freilich dachte über den Hund auf der Bühne anders, und wäre er Vorsitzender des Goethebundes, so gäbe er heute seine Demission.

## Notizen.

Der „bewaffnete Friede“. Vom „bewaffneten Frieden“ ist jetzt des Öfteren die Rede. Dieses Wort ist ural und entstand nach dem Dreißigjährigen Kriege. Friedrich von Logau war es, der herausand, daß auf jeden Krieg ein „gewaffneter Friede“ gefolgt sei. Und er sagt von diesem:

„Krieg hat den Harnisch weggelegt, der Friede zeugt ihn an:

Wir wissen, was der Krieg verübt, wer weiß, was Friede kann!“

Im vorigen Jahrhundert wurde dann das Wort vom „bewaffneten Frieden“ oft gebraucht. Karl Ved wendete es in dem Gedichte „Neue Götter und alte Leiden“ in „Lieder vom armen Ranne“ (1846) auf die Polizei an: „Siehe, da lauert und späht ringsum der „bewaffnete Friede“. Im Jahre 1848 reichte dann eine Schrift „Der bewaffnete Friede“ den weiteren Begriff Logaus dem Sprachschatz dazugibt ein.

## Der Luftangriff auf Paris.

Paris, 9. März. Umlicher Bericht vom 8. 3. abends. Es hat ein feindlicher Fliegerangriff stattgefunden. Alarm wurde 8,50 gegeben. Geschwader, die sich gegen Paris und Umgebung richteten, wurden angezündet. Unsere Flieger stiegen sofort auf. Um 10,30 wurden an mehreren Punkten Abwehrschüsse abgegeben. Es wird von Opfern und Materialschaden berichtet.

Umlicher Bericht vom 9. 3. 1,50 nachts. Der Ueberfall hörte 15 Minuten nach Mitternacht auf.

Nach den ersten Benachrichtigungen gelang es mehreren Geschwadern, unsere Linien zu überfliegen; sie erreichten nach und nach die Pariser Zone. Von da an konnte eine gewisse Anzahl feindlicher Apparate, die durch Artilleriefeuer in ihrer Fliegerfähigkeit gehindert wurde, ihre Aufgabe nicht erfüllen. Auf Alarm wurde Sportfeuer durch unsere Artillerie gegeben. Eine größere Anzahl feindlicher Verteidigungsflieger ging auf. Die Zahl der Opfer ist bisher noch nicht bekannt, sie soll aber weniger beträchtlich sein, als die des vorigen Angriffs. Die Wachen für den Hilfsdienst funktionierten unter neuen Bedingungen ausgezeichnet. Die Schutzmaßnahmen waren wirksam.

## Nach den Corteswahlen.

Madrid, 9. März. (Havas.) Garcia Prieto erschien nachmittags im königlichen Palast. Später erklärte er Zeitungsbekanntem, der König habe ihn dringend ersucht, in Gemeinschaft mit dem gegenwärtigen Kabinett weiter zu regieren. Er habe erwidert, er könne keine Verpflichtungen übernehmen, ohne zuvor mit Romanones gesprochen zu haben. Der Ministerpräsident schickte dann Romanones sofort einen Besuch ab.

## Kriegskredite im österreichischen Herrenhaus

Wien, 10. März. Das Herrenhaus hat das viermonatige Budgetprovisorium und den sechs Milliardenkredit angenommen. Im Laufe der Debatte wiederholte Ministerpräsident von Seidler seine jüngst im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit einer Verfassungsreform.

## Der innere Kampf um Litauen.

Ein Mann, der sich einen „hervorragenden Kenner Litauens“ nennen läßt und auf alle Fälle ein hervorragender Verehrer des Fürsten Jsenburg ist, läßt im „Tag“ das litauische Problem in folgende Kernsätze zusammen:

„Man hat im vorigen Jahre einen Landesrat ins Leben gerufen, der sich am 12. Dezember für den Anschluß Litauens an Deutschland ausgesprochen hat. Dieser Beschluß stellt eine Art Kompromiß dar zwischen den Anschauungen, wie sie unter anderem vom Fürsten Jsenburg, dem hochverdienten Chef der Militärverwaltung in Litauen, vertreten wurden, und denjenigen Politikern, die das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker allen Neuordnungen im Osten zugrunde legen wollten. Inzwischen haben sich die Führer gewisser Reichstagsparteien der Herren vom Bundesratsrat liebedoll angenommen und sie für die Forderung nach voller staatlicher Unabhängigkeit des Landes gewonnen. Danach hat sich denn auch der Landesrat selbst in diesem Sinne ausgesprochen. Wir haben indessen bereits mitgeteilt, daß er damit bei unserer Reichsleitung kein Glück hatte, sondern freundlichst gebeten wurde, sich auf seine frühere, noch einigermaßen vernünftige Entscheidung wieder zu besinnen. Ob er das nun tun wird oder nicht — für uns kann darüber kein Zweifel bestehen, daß Litauen dem deutschen Interessenten angegliedert werden muß.“

Nachdem Litauen von Rußland abgetrennt ist — unter Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ —, wird ihm nun das Erlösungslied gesungen: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Man beruft sich dafür sogar schon ganz offen auf die Reichsleitung. Die „Sermonia“ will das freilich nicht wahr haben; sie erwidert, daß die Reichsleitung Tag und Nacht an nichts anderes denke, als an die lokale Durchführung des Selbstbestimmungsrechts. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit aber gibt es gegenüber solchen Versicherungen überhaupt keinen Grad von Vorsicht, der nicht berechtigt wäre.

## Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege.

Ein Vortrag von Lujo Brentano.

Am Sonntag sprach im „Rheingold“, veranlaßt vom „Volkshund für Freiheit und Vaterland“, der Münchener Nationalökonom Prof. Lujo Brentano über „Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege“.

So wahr es ist, führte er aus, daß während des Krieges die Arbeitslöhne beträchtlich gestiegen sind, so wird diese Tatsache doch zu sehr verallgemeinert und überschätzt. So sind im Vormünder Industriegebiet die Löhne von 1913 bis 1917 um 67 Proz. angestiegen, was gar keinen Vergleich im Verhältnis zur Teuerung darstellt. Wichtig ist, daß weiteste Arbeiterkreise unter großen Entbehrungen ihr Leben fristen. Dazu kommt, daß die Arbeitszeit beträchtlich erhöht wurde und die Schutzgesetzgebung ganz außer Rand und Band ist. Hier muß das Ende des Krieges unbedingt eine Neuordnung bringen.

Es gibt Leute genug, die nach dem Kriegsschluß kurzweg die Löhne herabsetzen wollen, über die Arbeitszeit schweigen sie sich aber aus. — Der Krieg hat eine Insumme von Wert vernichtet, nur durch sparsames, ausdauerndes und rationelles Wirtschaften können wir wieder exportkommen. Die Herabsetzung der Löhne aber würde als Gegenwirkung Kämpfe und Streiks hervorgerufen und damit eine schwarze Lähmung des Wirtschaftens herbeiführen. Die Volkswirtschaftler des 17. und 18. Jahrhunderts waren der Ansicht, nur durch wenig Lohn und lange Arbeitszeit könne eine hohe Arbeitsleistung erzielt werden. Dieser merkantilistischen Auffassung stellte sich später eine andere, zuerst von Adam Smith vertretene, entgegen, die gerade von dem Anreiz hoher Löhne und der guten Erholung nach kurzer Arbeitszeit eine hohe Arbeitsleistung erwartete. Praktische Versuche bewiesen auch die Richtigkeit der letzten Behauptung, ein englischer Volkswirt stellt direkt nach praktischen Erfahrungen den Satz auf: Niedrige Arbeitszeit, hoher Lohn gleich billige Produktion, und umgekehrt. Selbst ein Mann wie Freiherr v. Camp, der kaum im Geruch der Arbeiterfreundlichkeit stehen dürfte, ließ sich lieber Steinträger von Berlin kommen, die 4 M. den Tag kosteten, nur weil er mit ihnen beim Bauen besser fuhr als mit pommerischen Steinträgern, die nur 1,50 M. pro Tag kosteten. — Bei Zeit in Jena wurde festgestellt, daß bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden der Verdienst pro Stunde bei gleichen Akkordarbeiten von 61,9 Pfennig auf 71,9 Pfennig stieg, eine Steigerung der Intensität von 100 : 116,2.

Der Arbeiter ist eben kein Mechanismus, sondern ein Organismus, und seine Leistung ist von physischen und psychischen

Bedingungen abhängig, die man nicht mit den mechanischen einer Maschine vergleichen kann. Werden an einen Menschen Anforderungen gestellt, die über das täglich zu erscheinende Energiemaß hinausgehen, so tritt Ermüdung und schließlich Erschöpfung, bei dauernder Ueberanstrengung Entartung ein.

Allerdings kann auch die andere Grenze gezogen werden, daß eine zu große Pause zwischen den Arbeitszeiten eine nachteilige Unterbrechung der Übung zur Folge hat. Die Vertreter dieser Annahme berufen sich auf Erfahrungen im Osten und Orient. Dazu bemerkt der Redner: Diese Behauptung ist richtig, wenn sie eine Bedürfnislosigkeit voraussetzt, die der moderne europäische Arbeiter nicht mehr kennt. Der heutige Arbeiter steht in einer Tätigkeitsphase, die ihn in Spannung hält, besonders den großstädtischen, der übrigens seine Freizeit gestifteter zu verbringen weiß als der Arbeiter der Provinz. —

Des weiteren bewies Prof. Brentano, daß die Gewährung hoher Löhne und kurzer Arbeitszeit Grundlagen des technischen Fortschritts und der rationalen Betriebsführung sind. Das Taylorsystem wird aber von den Arbeitern mit Recht als ein Raubhau an ihrem Leben betrachtet. Das heruntergebrachte Europa kann nur durch Menschenökonomie wieder in die Höhe kommen. Der unerlässliche erste Schritt dazu ist die Festsetzung von Arbeitslohn und Leistung zur Sicherung des Wohlergehens der Arbeiterschaft.

## Presse und Zensur.

Ein Hilferuf an den Reichstag.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes der Deutschen Presse folgte am Sonntag nach einem Referat Georg Bernhards folgenden Beschlüssen:

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der Reichstag Uebergriffen der militärischen Zensur auf das politische Gebiet entgegensteht, und daß er auch keine Abänderung der Zensurvorschriften dulden wird, die der Sache nach die Einführung einer politischen Zensur durch politische Behörden bedeutet.

Was die Presse selbst tun will, wird in der Rundgebung leider nicht gesagt. Dafür wurde beschlossen, zu verlangen, daß dem Herrenhaus drei Vertreter der Redakteure und Tageschriftsteller angehören sollen, statt des einen, den ihnen der Verfassungsausschuß zugeordnet hat.

## Tagung kaufmännischer Angestellter.

Eine Reichstagung kaufmännischer Angestellter Deutschlands fand am Sonntagvormittag im Abgeordnetenhaus statt. Einberufen war sie von der „Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“, die aus elf verschiedenen Vereinen und Verbänden besteht. Der deutschnationale Herr Döring-Hamburg sprach über „Kaufmannsammern“. Diese sollen die sozialpolitischen Angelegenheiten des Handelsstandes bearbeiten, im Gegensatz zu den Handelsherrn, denen die Bearbeitung der reinen Wirtschaftspolitik vorbehalten bleibt. Eine Verschmelzung mit den Arbeitssammern wird abgelehnt, da es Aufgabe der Kaufmannsammern sein wird, kaufmännische Standespolitik und nicht reine Angestelltenpolitik zu betreiben. In einer hierauf einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.:

„Die allgemeinen Aufgaben der Kaufmannsammern sollen sein: Pflege des Wirtschaftsriedens, Wahrung der gemeinsamen beruflichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der selbständigen und angestellten Kaufleute. Zur Teilnahme an den Wahlen zur Kaufmannsammern sollen berechtigt sein Personen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und mindestens fünf Jahre innerhalb des Deutschen Reiches als selbständiger oder angestellter Kaufmann tätig gewesen sind. Wählbar sollen sein diejenigen Wählerberechtigten, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlen sollen nach dem System der Verhältniswahl erfolgen.“

Ueber „Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer“ sprach Schaper-Hamburg. Ueber zwei Drittel der kaufmännischer Angestellten stehen unter den Fahnen und schwere Besorgnis erregt die meisten über ihre Zukunft nach Beendigung des Krieges. Es handelt sich hierbei um eine Frage von eminent öffentlichem Interesse, und alles müsse aufgegeben werden, um die Kriegsteilnehmer an ihre früheren Arbeitsplätze zurückzuführen. Um das zu erreichen, erziehe die Arbeitsgemeinschaft ein Komitee.

Eine Entschließung in diesem Sinne wurde angenommen. Ueber die Gehaltsfrage sprach Redmann-Leipzig. Um den großen Mängeln auf dem Gebiete der Gehaltsfrage abzuhelfen, hat die Arbeitsgemeinschaft Mindestgehaltssätze aufgestellt, die in gleicher Weise für männliche und weibliche Angestellte Geltung haben sollen. Auch dieser Standpunkt wurde in einer Resolution festgelegt.

## Parteinachrichten.

Konsequenzen.

Mit der Frage, welche Konsequenzen aus der Schwächung der Reichspresse zum Bewußtsein zu ziehen seien, beschäftigt sich die Parteipresse nach wie vor sehr lebhaft. Die „Vielseher“ „Volkswacht“ kommt zu dem Schluß: „Für eine Politik mit diesen Folgen kann die Sozialdemokratie keine Verantwortung übernehmen.“ Diesem sehr treffenden Satz fügt sie folgende nicht minder beachtenswerte Erklärung hinzu:

„Ebenso wenig freilich kann sie die Absicht haben, dem Erbes derer, die den Feinde Vorpostenlinie zu leisten. Das englische Unterhaus hat jedoch der Regierung Lloyd Georges einstimmig die geforderten Kriegskredite bewilligt. Einstimmig! — das heißt mit Einschluß der tapferen englischen Friedensfreunde in der Arbeiterpartei und bei den Liberalen! Einstimmig! — das heißt, daß eine kleine Gruppe von Parlamentariern zwar eine energische Propaganda gegen die Erbeserpläne Lloyd Georges und für einen Verständigungsfrieden betreibt, daß sie es aber nicht für geraten hält, dem Lande die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu verweigern, ohgleich dieser Krieg nach den letzten Beschlüssen des Versailler Kriegsrates für die Entente ein reiner Deutschfeldzug werden soll. Das wird bei der Entscheidung der Reichstagsfraktion nicht unbeachtet bleiben dürfen. Diese Entscheidung ist eine sehr schwere, vielleicht die schwerste im ganzen Kriege. Immerhin hoffen wir, daß die Fraktion einen Weg findet, der den Notwendigkeiten des Landes gerecht wird, der aber auch der Regierung zu erkennen gibt, daß sie auf die Zustimmung des Volkes nicht mehr rechnen kann, wenn sie den Verteidigungscharakter des Krieges aufgibt.“

Die Breslauer „Volkswacht“ zitiert aus einem Artikel des Gen. Stampier:

„So wenig wie mit West-Vitowul haben wir mit der offiziellen Flamenpolitik irgend etwas gemein. Das muß mit solcher Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß ein Zweifel daran unmöglich ist.“

„Und es müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.“ fügt sie hinzu. Welcher Art diese Konsequenzen sind, führt sie nicht näher aus. Indes muß genauer überlegt werden, was die Konsequenz dieser Konsequenzen ist und ob man durch die dem Frieden, den wir wollen, näher kommt. Bemerkenswert ist jedenfalls der Hinweis des Vielseher Blattes auf die parlamentarische Übung Englands, die beweis, daß die Absicht, eine scharfe und vor allem eine wirksame Opposition zu treiben, nicht unter allen Umständen in negativen Abstimmungen zum Ausdruck kommen muß.

## Donnerstag ist Wahltag in Niederbarnim.

Die Frage, vor die die Arbeiterwähler des Reichstagswahlkreises gestellt sind, lautet:

## Geschlossenheit der Bewegung oder Zerschmetterung?

Ein Teil der Organisation, der im Verhältnis zur Gesamtmasse im Reich sehr klein ist, hat aus fanatischer Rechthaberei die demokratische Disziplin durchbrochen und einen Teil in die Arbeiterbewegung hineingetrieben. Wer für ihren Kandidaten, den politisch sehr wandelbaren Dr. Breitheid stimmt, der stimmt für die Zerschmetterung der Arbeiterbewegung. Der Kandidat der Arbeitereinheit, für den alle stimmen müssen, denen die Zukunft unserer Bewegung am Herzen liegt, ist

Arbeiterssekretär Rudolf Wiffell.

## Groß-Berlin

Unentgeltlich — und doch nicht umsonst!

Die Verschickung von Schullindern aufs Land, die im vorigen Sommer erfolgte, hat bei r. anken Eltern eine nicht angenehme Erinnerung hinterlassen. Es gibt Familien, die noch jetzt den Kostenbeitrag zu bezahlen haben, der ihnen auferlegt worden ist. In Mariendorf ging einem Familienvater im Februar dieses Jahres von der Gemeinde die Aufforderung zu, die den vorjährigen Landaufenthalt seines Kindes nummehr den Betrag von 28 M. zu zahlen, nämlich 8 M. Reisegeld und 20 M. Verpflegungsgeld für 40 Tage. Daß ihm die Verpflegung mit 50 Pf. für den Tag angerechnet wurde, wunderte den Vater. Wenn gezahlt werden mußte, so wollte er sich seiner Pflicht nicht entziehen. Aber er glaubte zu wissen, daß die Bauernfamilie in Weipreußen auf Verpflegungsgeld für sein Kind verzichtet hatte. Eine Anfrage bei dem Gemeindevorsteher des westpreussischen Dorfes brachte die Bestätigung: Verpflegungsgeld hatte die Bauernfamilie weder verlangt, noch erhalten. Als der Vater diese Auskunft dem Gemeindevorsteher Mariendorf mitteilte, belehrte man ihn, daß er deshalb doch zahlen müsse. Die Gemeinde Mariendorf betrachte das Ganze als eine Einrichtung ihrer sozialen Fürsorge. Sie selber habe sich die Entscheidung darüber vorbehalten, welchen Kindern sie eine Freistelle bewilligen wolle. Der Vater hörte aus dem ihm erteilten Bescheid heraus, daß man bei etwaiger Weigerung, zu zahlen, ihn sogar verklagen werde. Nun, er wird es nicht darauf ankommen lassen, sondern wird zahlen, was die Gemeinde ihm abfordert. Indes, ein höchst wunderlich findet er es doch, daß die von den Bauern bewilligte Unentgeltlichkeit der Verpflegung nicht den betreffenden Kindern, sondern zunächst der Gemeinde zugute kommen soll, die dann vielleicht ganz anderen Kindern den Kostenbeitrag erläßt. Wir dürfen wohl vermuten, daß gleich anderen Gemeinden auch Mariendorf bei der Verschickung von Schullindern aufs Land noch Geld zugegeben hat. Aber wie dieser Vater, so werden auch manche anderen Eltern mit ihm vielleicht auch manche Bauernfamilie es nicht so recht verstehen, daß ein Kind, obwohl die Pfliegereltern es unentgeltlich aufnehmen, die Verpflegung doch nicht umsonst haben soll. Der Einbruch dieses Gegenstandes wird kaum abgeklagt durch den Umstand, daß dem Vater, als die Schule seinem Kinde die Verschickung anbot, die Heranziehung zu den Kosten in Aussicht gestellt wurde.

Die reichsten Leute — die geringste Gemeindesteuer! Die Magistratsbehörden Groß-Berlins haben bekanntlich den Einwohnernverordnungen vorgeschlagen, vom 1. April ab den Gemeindesteuern um 20 Proz., d. h. auf 100 Proz., zu erhöhen. Demgegenüber sind die westlichen Villenvororte in der Lage, es in diesem Jahre, ungeachtet höherer Abgaben an die Provinz und die Kreissteuern, den vorjährigen Sätzen zu belassen. So will die Gemeinde Grunewald wieder nur 100 Proz. erheben. Bei diesem Zuge kommen in dem mit 7000 Einwohner zählenden Villenvorort 2100 000 M. an Gemeindefiskussteuern ein, also dieselbe Summe, die das 170 000 Einwohner zählende Diktensberg vereinnehm. Krasser kann die heuchlerische Ungerechtigkeit in Groß-Berlin kaum illustriert werden. Dabei kommt noch in Betracht, daß Diktensberg große soziale Aufgaben für seine Arbeiterschaft zu erfüllen hat und Volks- sowie Armenzuschüssen bedürftig, von denen man in Grunewald fast völlig frei ist.

Verhaftung einer Einbrecherbande. Eine Einbrecherbande, die gewerbsmäßige Butterdiebstähle und Einbrüche in Buttergeschäften betrieb, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. In der Nacht zum Donnerstag drangen junge Burtsch in der Schmidstraße durch die Kellerfenster in die Butterhandlung von Heyden u. Schumacher ein. Bei der „Arbeit“ überrascht, wurden zwei gleich ergriffen, drei weitere auf der Flucht am Engelshof eingekerkert und ebenfalls festgenommen, die anderen entkommen. Die fünf gehörten zu einer zwölfköpfigen Bande, die ihren Treffpunkt in der Schandhoitzstraße „Zum Stern“ in der Köpenicker Straße hatte, dort ihre Pläne schmiedete und dann mit verteilten Rollen Tag und Nacht auf Penzlerstraße ausging. Die Verhafteten, die gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, sind alle jungen Burtschen von 15 bis Ende der Zwanziger Jahre, die Söhne von Bäckern, die im Felde stehen. Einige wohnen noch bei der Mutter, andere kamen gar nicht mehr nach Hause, sondern trafen sich den ganzen Tag umher und nächtigten in den Herbergen am Schleifhain Bahnhof.

## Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ist die berufene Vertreterin aller politisch Unterdrückten und wirtschaftlich Schwachen. Jeder Mann und jede Frau gehöre ihr an!

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Name: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Genauere Adresse: \_\_\_\_\_

Diesen Schein sende man ausgefüllt an Ch. Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Neue Einbrüche.** Geschäftseinbrecher arbeiteten in der Nacht zum Sonntag bei Schweizer in der Kommandantenstraße 53 für 4000 M. Satin, Unterwäsche, Unterjeden usw., und in der Sattlerei von Oberstein in der Zietenstr. 84 für 5000 M. Ledermärcen.

Aus dem Wasser gelaubt wurden an der Köpenicker See im Tiergarten der 15 Jahre alte Kaufmannslehrling Hugo Berger aus der Mohstr. 84, und an dem Grundstück Holzmarktstraße 14 aus der Spree ein unbekannter Mann von etwa 50 Jahren. Weßhalb der junge Berger ins Wasser gegangen ist, weiß man noch nicht. Der Unbekannte hatte Papiere auf den Namen eines 53 Jahre alten Arbeiters Karl Egbers aus Lindenberg. Er trug ein dunkles Jackett und Hose mit roter Weste, eine blaue Weste, einen schwarzen Heberzieher mit Sammeltrogen und schwarze Schnürstiefel mit Holzsohlen.

**Sprossen, die der Beschreibung spotten!** Nicht unberührte Erregung herrschte am Sonnabend in der Markthalle II in der Lindenstraße. Dort waren Käufertreuen fein säuberlich in Paletten von je 1/2 Pfund zum Verkauf gekommen. Bei näherer Prüfung ergab sich, daß es sich um alte, mit Sprossen und kleinen Büdingen vermischte total vertrocknete Fische handelte, die zum Teil ohne Kopf und Schwanz, angeflößt und zur Bequemlichkeit des Käufers schon abgepepelt waren. Als Kohlenfütter konnte man die Fische vielleicht ansprechen, nicht aber als Lebensmittel für Menschen.

Die Mehrzahl der Käuferinnen war natürlich enttäuscht und hatte zu dem Schaden noch den Spott zu tragen. Im Frieden hätte zweifellos die Marktpolizei den Verkauf solcher Ware nicht gestattet, und das Publikum wäre nicht hineingefallen.

**Immer langsam voran.** Recht überflüssige Kaufereien verursachte der Berliner Magistrat einer Reihe Einwohner, die ihre Magermilchkarten bei der Brotkommission in der Scherenbergstraße erhalten. Nachdem der Magistrat durch sein Nachrichtenbureau in den Zeitungen bekanntgegeben hatte, daß die neuen Magermilchkarten vom Sonnabend, den 9., bis spätestens Mittwoch, den 13. März, bei den Brotkommissionen abgeholt sein, wandten sich am Sonnabend zahlreiche Berechtigte an die Ausgabestelle in der Scherenbergstraße, um dort den tröstlichen Bescheid zu erhalten, daß der Magistrat die Karten noch gar nicht angeliefert habe. Man sollte doch meinen, daß derartige Publikationen erst dann erfolgen, wenn die Karten angeliefert sind. Die Berliner Hausfrauen sind doch wahrlich so abgepepelt, daß man ihnen nicht noch überflüssigerweise unnütze Kaufereien aufbürden sollte.

**Zuchthaus für eine Lebensmittelartenhändlerin.** Die Räuberin Elisabeth Kranich aus Berlin, die wiederholt von einem Unbekannten Brot- und Nahrungsmittelarten, von denen sie den Umständen nach annehmen mußte, daß sie gestohlen waren, gekauft und damit gewerbsmäßig Handel getrieben hatte, ist durch rechtskräftiges

Urteil der ersten Strafkammer des 1. Landgerichts I zu einem Jahr und drei Tagen Zuchthaus verurteilt worden. Wegen einer Mitangeklagten, die von der Kranich Karten käuflich erworben und darauf Brot und Nahrungsmittel widerrechtlich bezogen hatte, wurde auf eine Woche Gefängnis erkannt.

**Reinlebensdorf, Lebensmittel.** Auf Abschnitt 12 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin wird 1/2 Pf. und auf Abschnitt 13 1 Pf., zusammen 1 1/2 Pf. Marmelade abgegeben. Die Anmeldung bei den Händlern muß bis einschließlich 15. d. M. erfolgen. Die von den Händlern gesammelten Anmeldebüchlein, die nicht getrennt werden dürfen, sind bis 18. d. M. früh 10 Uhr im Zimmer 22 des Ernährungsamtes abzuliefern. Der Verkaufspreis für 1 Pf. Marmelade beträgt 2 Pf. Wer die Karte bis zum 25. d. M. nicht abgeholt hat, verliert das Recht hierauf.

Die Große Berliner Straßenbahn hat ihren angekündigten braunen Dienstausrüstungen zugeföhrt. Angestellte, welche sich durch eine solche Karte legitimieren und Dienstkleidung tragen, sind in allen Geschäften vor anderen Kunden zu bedienen.

**Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag.** Bismlich mild und zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig oder neblig. Nirgends wesentliche Niederschläge.

# Uunderberg

Wahlspruch:  
**SEMPER IDEM.**



Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

## Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.



Hoflieferant  
Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers,  
Königs v. Preussen.

**H. Underberg-Albrecht**  
RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.



Kammerlieferant  
Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich,  
Königs v. Ungarn.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungssitz: Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, des Reichsleiter  
**Erich Fricke**  
am 7. März gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Teiles des Golgathakirchhofes, Barluthstraße, aus statt.  
Den Mitgliedern lernen zur Nachricht, daß unter Kollegen, des Reichsleiter  
**Adolf Toballa**  
am 6. März gestorben ist.  
Obre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in der Hermannstraße aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Die Verberwaltung.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laubs**  
bes. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Harn- und Blutuntersuchung. Sprechst. Königstr. 34/36, Alexanderstr. 10-11, 5-8, Sonn. 10-11.

**Admiralspalast.**  
Haupt 7 1/2 Uhr  
**Abrakadabra**  
Deutsche Tänze v. Schubert  
Vorzügliche Küche.

**Die Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft**  
vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder als  
**neue Teilnehmer**  
mit Anteilen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M., und bis zu 1000 M. auf. Kriegsanleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen.  
Das Gemüse wird in mehreren **Verteilungststellen**  
an die Mitglieder billig abgegeben, bei völliger Ausschöpfung des Groß- und Kleinhandels. Der Gewinnüberschuß wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergemüse reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenden Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Ausnahme neuer Mitglieder findet statt im Laden Petersburgerstr. 4a: Montag, Mittwoch, Freitag 9-12 und 4-7, außerdem Sonntag 11-1. Ferner im Laden Koppenhagenstr. 4: Dienstag, Donnerstag, Sonnabends 9-12 u. 3-6 und Sonntag 8-10. Ferner täglich im Verwaltungsbureau: Burgstraße 27 III, Zimmer 76 (gegenüber Jirass-Buch).

**Uhren = Schmucksachen**  
**Piltz & Co.,** Lindenstr. 109

**Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.**  
5 Jahre Garantie. — Rabatte in Verbindung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldtröten v. 20 M. an. Speg., Zähne ohne Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1, Baumpl. Ecke Schön.-Klee.\*

**Spezial-Arzt** i. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Blut- u. Harn-Institut:  
Potsdamer Str. 117, 1/2, 12-3, 1/2, 5-10 Uhr abends, Sonntag 1/2, 11-1 Uhr.  
**Aufklärende** 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kart.  
**Dr. med. Karl Reinhardt.**

**Zigaretten**  
direkt von der Fabrik  
zu Originalpreisen  
1000 Zig. 12 von M. 88.— an  
1000 „ 11 „ „ 90.—

**Goldenes Haus**  
G. m. b. H.  
**Friedrichstr. 89.**  
Fernsprecher: Zentrum 7437 | Spremberg L. 44.

**Familien wohnen mietsfrei**  
im Eigenhaus mit Stall und Gemüsegarten, wie es das Buch von Direktor E. Abbt, Wiesbaden, zeigt: **Heimstätten für Kriegerfamilien.** Mit 124 Bild d. Hauspläne u. all. pratt. Anleitungen. Bisher 100 000 Stück verbreitet. Für nur M. 1.50.  
**Der Heimstättenbau.** Von Fr. Paas, Leitung für Bau von Familienhäusern für 3000 M. aufwärts. Mit 260 Abbildungen M. 4.50, geb. M. 5.50 franko. Ein Lehrer baut nach dieser Bauweise mit 3 Schülern ein Haus ganz schlußfertig für 2000 M. auf dem Lande.\*  
Heimstättenverlag Wiesbaden, Adolphshöhe 258.

**Kraftfahrer**  
mit Führerschein für Elektromobil wird für sofort gesucht. Angebote mit Angabe von Gehaltsansprüchen, Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind zu richten an **Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H.** (Telefunken) Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 9. 25832\*

**Bauschlosser, Schlosser auf Prokassen, Dreher**  
werden gesucht. 1672\*  
**Panzer H.-G.,** Badstr. 59.

**Geübte Maschinenbauer**  
für unseren Werkzeugmaschinenbau suchen 25832\*  
**Lindner & Co., Berlin-Halensee,** Joachim-Friedrichstr. 37, am Bahnhof Charlottenburg.

**Tüchtige Betriebschlosser**  
zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Sablattig Flugzeugbau, Schießsche Str. 26.

**Zimmerleute, Erdarbeiter**  
für anständige Heeresbauarbeiten sucht **Bauunternehmung Leonhard Moll,** München-Berlin. 17706  
Anmeldungen: Berlin N. Auguststr. 80. Gef.

**Maschinenmeister**  
**Werkzeugdreher**  
**Werkzeugmacher**  
verlangt **R. Frister A.-G.,** Berlin-Oberschönweide.\*

**Dampflastwagenführer**  
suchen die 27/5  
**Berliner Städt. Gaswerke.** Bedingungen schriftlich oder mündlich zwischen 9 und 2 Uhr Neue Friedrichstr. 109 II, Zimmer 204.

**Werkzeugdreher**  
**Revolver-Einrichter**  
**Automaten-Einrichter**  
**Sonstige Einrichter**  
**Schlosser** 25832\*  
Hellen ein **Spezialanstrichern,** Sieglitz, Stralauerstraße 37/38.



**Leiterwagen Kastenwagen**  
und alle anderen Transportgeräte bes. billig. Stral. Torral. **G. Wagner,** Odenpark Str. 71

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockenfuß**  
Friedrichstr. 125 Oranienb. Tor Sprechst. 11-1, 4-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnell, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung